

## **Niederschrift**

über die 15. öffentliche Sitzung

**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften**

am Donnerstag, dem **21.03.2024**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 14 vom 22.02.2024**
- 4. Überplanmäßige Aufwendungen Haushaltsjahr 2023  
Vorlage: 031/2024**
- 5. Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 und Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes  
Vorlage: 033/2024**
- 6. Erstellung der Jahresabschlüsse - Verzicht auf die Erstellung des Anhanges gemäß § 128 Abs. 2 Nr. 4 NKomVG  
Vorlage: 026/2024**
- 7. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

#### **Nichtöffentlicher Teil**

- 8. Veräußerung der Liegenschaft "Bürgertreff Mariensiel"  
Vorlage: 032/2024**
- 9. Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung - Weiteres Vorgehen  
Vorlage: 034/2024**
- 10. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Isabel Bruns als Ausschussvorsitzende  
Ratsherr Reemt Borchers  
Ratsherr Torge Heinisch  
Beigeordneter Matthias Lührs  
Beigeordneter Achim Rutz

Vertreter/in

Ratsherr Frank Behrens als Vertretung für Ratsherr Thomas Ney  
Ratsherr Carsten Tschackert als Vertretung für Beigeordneter Nicolai Dumke

Zuhörer/in

stellv. Bürgermeisterin Kirstin Pöppelmeier

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg  
Gemeindeoberrat Klaus Oltmann  
Gemeindeamtsrat Christian Kroll  
Verwaltungsfachwirtin Regina Weger als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

**Öffentlicher Teil**

**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Bruns, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

**2. Einwohnerfragestunde**

Ein Einwohner fragte nach den Gründen für die finanzielle Lage der Gemeinde Sande. Es wurde auf die geplanten Ausführungen in TOP 5 verwiesen.

**3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 14 vom 22.02.2024**

Die Fassung der Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

4. **Überplanmäßige Aufwendungen Haushaltsjahr 2023**  
**Vorlage: 031/2024**

Von der Verwaltung wurde die Notwendigkeit der überplanmäßigen Aufwendungen dargestellt.

Ein Ausschussmitglied fragte, ob ein Ausgleich der entstandenen Kosten durch die Versicherung des Geschädigten erfolgen könne.

Daraufhin wurde von der Verwaltung erläutert, dass bei Feuerwehreinsätzen grundsätzlich die Möglichkeit bestünde Gebühren zu erheben. Es erfolgt keine direkt Erstattung der entstandenen Kosten.

Bei diesem Einsatz sind unter Anderem hohe Aufwendungen durch die Reinigung der Einsatzkleidung und durch die Erstattung der Lohnkosten an die Arbeitgeber der Feuerwehrleute entstanden.

Auf die Frage eines Ausschussmitgliedes erklärte der Bürgermeister, dass inzwischen die komplette Ausrüstung wieder einsatzbereit sei.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen durch den Feuerwehreinsatz beim Twister-Brand in Höhe von 14.282,94 € im Budget 126000A Brandschutz für das Haushaltsjahr 2023. Als Deckung werden Ausgabeansätze des Budgets 122000A genutzt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

5. **Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 und Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes**  
**Vorlage: 033/2024**

Vom Bürgermeister wurde auf das nicht auszugleichende Defizit und die erforderliche Nacharbeit für die mittelfristige Planung hingewiesen.

Anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, wurden die Änderungen zur 3. Lesung zum Haushaltsentwurf vorgestellt.

Im Ergebnishaushalt ist ein Defizit von 906.300 € zu verzeichnen. Im Wesentlichen sind im Aufwandsbereich Steigerungen im Bereich der Personalkosten und bei den Transferaufwendungen (unter Anderem Betriebskostenzuschüsse für nichtkommunale KITAS und Kreisumlage) dafür verantwortlich.

Im Ertragsbereich sind ca. 700.000 € weniger Steuereinnahmen zu verzeichnen.

Im Finanzhaushalt könnte das Saldo aus den Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit zu einem Liquiditätsengpass führen.

Unter Berücksichtigung der derzeitigen Entwicklung würde das im Jahr 2027 dazu führen, dass der festgesetzte Höchstbetrag der Liquiditätskredite der Genehmigung der Kommunalaufsicht bedarf. Dies ist der Fall, wenn er ein Sechstel der im Finanzhaushalt veranschlagten Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit überschreitet.

Ein Ausschussmitglied wies auf den Umstand hin, dass die Kommunen unverschuldet in finanzielle Notlage geraten seien und fragte, ob dieser Hilfeschrei bei Land und Bund angekommen sei.

Dazu erläuterte der Bürgermeister, dass die Spitzenverbände darauf hinweisen. Da der Bund und das Land sich aber in einer ähnlichen Lage befinden und auch die Landkreise defizitär seien, sei momentan nicht mit einer weiteren Finanzhilfe zu rechnen.

Von der Verwaltung wurde noch einmal auf die Notwendigkeit eines Haushaltssicherungskonzeptes hingewiesen.

Im Haushaltssicherungskonzept sind auch die Maßnahmen aufgeführt, die bereits nach dem Beschluss des Haushaltes für das Jahr 2023 umgesetzt wurden.

Neu aufgenommen wurden die Erhöhung der Standgelder auf dem Sander Markt und die Reduzierung der Öffnungszeiten der Gemeindebibliothek.

Von einem Ausschussmitglied wurde gefragt, ob es sich bei der Reduzierung der Öffnungszeiten um eine temporär begrenzte Maßnahme handelt. Dies wurde von der Verwaltung bejaht.

In der Anlage zum Haushaltssicherungskonzept sind die Freiwilligen Leistungen im Einzelnen aufzuführen und zu begründen.

Bei den Freiwilligen Leistungen wurde erläutert, dass die Kosten in Zusammenhang mit den Gebäuden und dem eingesetzten Personal anfallen und daher nicht kurzfristig zu reduzieren sind.

Im Nachgang wurde über die einzelnen freiwilligen Leistungen und deren Begründung diskutiert.

Zum Ansatz in Höhe von 2.500 € bei der Kostenstelle 1110020040 Kommunale Kontakte wurde von einem Ausschussmitglied angemerkt, dass es sich hierbei zwar um keinen großen Betrag handelt, die Gewährung der Zuschüsse aber grundsätzlich überdacht werden sollte.

Von der Gruppe Grüne/FDP/Linke wurde der Antrag gestellt, den Ansatz zu streichen bzw. die Richtlinie für die Förderung von Begegnungen im Rahmen von Gemeindepartnerschaften/Städtepartnerschaften der Gemeinde Sande zurückzunehmen.

Seitens der SPD-Fraktion wurde angemerkt, dass eine Streichung nicht möglich

sei, da die Richtlinie erst kürzlich einstimmig beschlossen wurde.

Über den Antrag wurde abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 6 Nein-Stimmen

Der Antrag wurde damit abgelehnt.

Zur Kostenstelle 2520010020 Landrichterhaus wurde angemerkt, dass die bestehende vertragliche Vereinbarung zum Jahr 2025 überarbeitet werden sollte.

Bei dem Ansatz in Höhe von 2.000 € im Haushaltsjahr 2025 bei der Kostenstelle 2810010020 Zuschüsse wurde vom Bürgermeister vorgeschlagen, den wiederkehrenden Zuschuss für das Bildhauersymposium zu streichen.

Über die Streichung des Ansatzes wurde abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

Bei der Kostenstelle 5610010000 Umweltschutz sind in dem Ansatz unter anderem das Preisgeld für den gemeindlichen Umweltpreis enthalten.

Von der Gruppe Bürger für Sande/CDU kam die Anregung, den Umweltpreis auf unbestimmte Zeit auszusetzen.

Seitens der SPD-Fraktion wurde signalisiert, dass der Umweltpreis erhalten bleiben soll. Es wurde vorgeschlagen, das Preisgeld auf 500 € zu reduzieren.

Über den Vorschlag, das Preisgeld für den Umweltpreis auf 500 € zu reduzieren, wurde abgestimmt. Dem Vorschlag wurde stattgegeben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Zur Kostenstelle 5710010000 Wirtschaftsförderung erkundigte sich ein Ausschussmitglied ob es möglich sei, die Mitgliedschaft im Zweckverband zu kündigen.

Von der Verwaltung wird die Möglichkeit geprüft. Für dieses Jahr sei man verpflichtet, die Umlage zu zahlen.

Bei der Kostenstelle 5730020010 Bürgerbegegnungsstätten sind unter anderem die Mietkosten für die Räumlichkeiten der Gemeindehäuser in Sande und Cäcilienroden veranschlagt.

Dazu fragte ein Ausschussmitglied, ob der Ansatz in den nächsten Jahren nicht höher sein müsse, da eine an den Lebenshaltungsindex geknüpfte Steigerung im Vertrag vereinbart ist. Dies wurde von der Verwaltung bejaht.

Außerdem wurde von der Verwaltung berichtet, dass von der Kirche bereits signalisiert wurde, dass eine Nutzung bis zum Ende der Vertragslaufzeit erfolgen kann.

Ein Ausschussmitglied bat um Erläuterung der Abschreibungen. Dazu wurde ausgeführt, dass die Abschreibungen dazu dienen, den Werteverlust des Vermögens darzustellen. Durch die Erwirtschaftung der Abschreibungen soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Vermögensgegenstände neu anzuschaffen.

Von der Verwaltung wurde ausgeführt, dass der Betrag für die vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Bei einer Nichtgenehmigung wäre also nur dieser Teil der Haushaltssatzung betroffen. Daher ist es notwendig darzulegen, für welche Investitionen eine Kreditaufnahme beabsichtigt ist. Eine Kreditaufnahme ist in diesem Jahr für die Anschaffung des Feuerwehrfahrzeuges und für Investitionen im Bereich der Schmutzwasserkanalisation geplant.

Im Anschluss wurde darüber abgestimmt, dass die Liste mit den Freiwilligen Leistungen 2024 mit den vorgenannten Änderungen als Grundlage für das Haushaltssicherungskonzept berücksichtigt werden kann.

Dem konnte so zugestimmt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat stimmt der anliegenden Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 und somit dem Haushaltsplan 2024, sowie dem anliegenden Haushaltssicherungskonzept zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

**6. Erstellung der Jahresabschlüsse - Verzicht auf die Erstellung des Anhangs gemäß § 128 Abs. 2 Nr. 4 NKomVG**  
**Vorlage: 026/2024**

Vom Bürgermeister wurde darauf hingewiesen, dass anhand des Gesetzes zur Beschleunigung der kommunalen Jahresabschlüsse deutlich wird, dass eine Vielzahl von Kommunen mit der Erstellung der Jahresabschlüsse im Rückstand ist.

Von der Verwaltung wurde erläutert, dass es nur darum geht, den Umfang der Jahresabschlüsse bis einschließlich 2022 auf die wesentlichen Bestandteile zu reduzieren. Eine Prüfung der Abschlüsse erfolgt dann durch das Rechnungsprüfungsamt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Gemeinde Sande beschließt gemäß § 1 Abs. 1 NBKAG für die Jahresabschlüsse bis einschließlich 2022 auf die Erstellung eines Anhangs gemäß § 128 Abs. 2 Nr. 4 NKomVG und der Erstellung von Teilergebnisrechnungen gemäß § 52

Abs. 3 KomHKVO und der Erstellung von Teilfinanzrechnungen gemäß § 53 Abs. 3 KomHKVO abzusehen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

**7. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Ein Ausschussmitglied sprach dem Kämmerer einen Dank aus für die Arbeit bei den Haushaltsberatungen und die nachvollziehbaren Erläuterungen.